Bündnis





HPRLL

"Es geht um unsere Schule"

Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer sehen die Entwicklung in den hessischen Schulen voller Sorge. Für die qualifizierte Förderung der Schülerinnen und Schüler müssen mindestens folgende Standards gewährleistet werden:

- Sicherstellung eines wohnortnahen Bildungsangebots
- deutliche Senkung der Klassenobergrenzen, um eine individuelle Förderung zu sichern
- mehr Zeit für Bildung
- Förderung aller Schülerinnen und Schüler und Erhalt von Durchlässigkeit zwischen den Schulformen
- qualifizierte schulische und kooperative Angebote zur beruflichen Ausbildung

Die im Bündnis "Es geht um unsere Schule" zusammen geschlossenen Vertretungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern treten für eine qualitative Weiterentwicklung des hessischen Schulwesens ein. Sie lehnen es ab, das Bildungswesen unter ein Spardiktat zu stellen und fordern eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben. Unabhängig von unterschiedlichen bildungspolitischen Einstellungen und von weiter gehenden Forderungen in verschiedenen Bereichen lehnen wir gemeinsam die im Entwurf für ein neues Schulgesetz vorgesehenen Maßnahmen ab:

- Erhöhung der Klassenmindestgrößen und damit Abbau von wohnortnahem Angebot und Schließung von Schulen,
- Verdichtung und Verkürzung der gymnasialen Schulzeit,
- Abschaffung von Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und
- · Aufweichung der Berufsschulpflicht

Wir sehen in diesen Maßnahmen keine qualitative Weiterentwicklung unserer Schulen. Gemeinsam treten wir dafür ein, dass sie nicht als Gesetz verabschiedet werden, sondern an ihre Stelle Maßnahmen treten, die die Lernund Arbeitsbedingungen an den Schulen verbessern und voran bringen.

Wir unterstützen mit unserer Unterschrift die Bündniserklärung von Landeselternbeirat, Landesschülervertretung und Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

"Es geht um unsere Schule"

Wir fordern die Abgeordneten des hessischen Landtags auf, dem vorliegenden Gesetzentwurf für ein sogenanntes 3. Qualitätssicherungsgesetz nicht zuzustimmen. An dessen Stelle sollen Maßnahmen treten, die die Lern- und Arbeitsbedingungen an den Schulen verbessern und voran bringen.

Bitte bis spätestens 15. November 2004 zurücksenden an: Unsere Schule, Postfach 170518, 60079 Frankfurt

Name, Vorname	Anschrift	Beruf/Tätigkeit	Unterschrift